

A u s z u g

**aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen,
städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften vom 10.12.2013:**

**zu 5.1 Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2014
sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2012
Vorlage: V/2013/12027**

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt die Haushaltssatzung 2014 mit dem Haushaltsplan 2014.
2. Der Stadtrat nimmt den Beteiligungsbericht 2012 zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

0 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
9 Enthaltungen

F.d.R.

Martina Beßler
Protokollführerin

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften vom 10.12.2013:

**zu 5.1.1 Änderungsantrag der Stadträtin Hanna Haupt (SPD-Fraktion) zur Beschlussvorlage Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2014 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2012 - Fachbereich Bildung ausgewiesenen KW-Vermerke
Vorlage: V/2013/12219**

Beschlussvorschlag:

1. Die im Stellenplan für den Fachbereich Bildung ausgewiesenen KW-Vermerke werden abgelehnt.
2. Sollte der Ausschuss für Personalbedarfsplanung KW-Vermerke im FB Bildung bestätigen, werden diese zur Deckung des Mehrbedarfs genutzt.
3. Wird der Personalmehrbedarf im FB Bildung nicht bestätigt, sieht der Jugendhilfeausschuss die Erfüllung der Pflichtaufgaben gefährdet.

Abstimmungsergebnis:

erledigt

F.d.R.

Martina Beßler
Protokollführerin

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften vom 10.12.2013:

zu 5.1.2 Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Jahr 2014 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2012 - Produkte Volkshochschule und Stadtarchiv Vorlage: V/2013/12339

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt:

Der nachträgliche Vorschlag der Verwaltung, die Sachkonten des Produkts 1.27201 Volkshochschule

- 52550100 Raumausstattung um 300 €,
- 52611000 Aus- und Fortbildung um 200 €
- und 52710900 Sachausgabenbudget (Unterrichtsmittel und Werbung) um 1.500 €

sowie die Sachkonten des Produkts 1.25102 Stadtarchiv

- 52711500 Pflege der Kunstsammlung, Archivbestände um 1.000 €
- 54310200 Bücher und Zeitschriften um 500 €
- und 58110210 Porto um 100 €

zu kürzen, wird nicht den Haushaltsplan aufgenommen. Eine Deckung ist nicht erforderlich, da die Kürzungsvorschläge zusätzlich gemacht wurden.

Abstimmungsergebnis:

erledigt

(Herr Krause erklärte den Antrag als erledigt, da die Verwaltung den Antrag vollumfänglich übernommen habe.)

F.d.R.

Martina Beßler
Protokollführerin

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften vom 10.12.2013:

zu 5.1.3 Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Jahr 2014 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2012 – Stellenplan 2014 Vorlage: V/2013/12341

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt:

1. Folgende Stellen sind im Stellenplan 2014

a) mit einem kW-Vermerk zu versehen

GB OB

010.3000.020	Presse- und Redaktionsassistent/-in
010.1000.010	MA Partnerstädte
010.1000.030	SB Repräsentation
010.4000.060	Assistenz
300.1020.010	TL RoV mit Erläuterung „kw nach Aufgabenwegfall“
300.1020.031	SB Grundstücke mit Erläuterung „kw nach Aufgabenwegfall“
300.1020.040	SB Negativ/Positivteste mit Erläuterung „kw nach Aufgabenwegfall“
300.1020.070	SB Registratur mit Erläuterung „kw nach Aufgabenwegfall“
300.1022.020	SB Schadenersatz/Ausgl. mit Erläuterung „kw nach Aufgabenwegfall“
300.1022.080	SB Schadenersatz/Ausgl. mit Erläuterung „kw nach Aufgabenwegfall“
300.2030.060	SB Bau mit Erläuterung „kw nach Aufgabenwegfall“
370.1020.040	DV-Koordinator/-in
370.5000.020	Büroassistent/-in AL
370.6200.010	TL Zivil- und Katastrophenschutz

zu Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für
5.1.3 das Jahr 2014 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2012 – Stellenplan 2014
Vorlage: V/2013/12341

GB I

100.1000.060	SB Formularwesen
100.6000.010	AL Personalbetreuung
100.6000.030	Büroassistent/-in
100.7024.010	Pförtner/-in
100.7024.020	Pförtner/-in
100.7024.030	Pförtner/-in
100.7024.040	Pförtner/-in
100.7024.050	Pförtner/-in
100.7024.060	Pförtner/-in
100.7001.070	Pförtner/-in
100.7024.090	Pförtner/-in
100.7031.030	Fahrer/-in
100.7031.040	Fahrer/-in
100.7031.050	Fahrer/-in
100.7031.060	Fahrer/-in
200.1000.020	Büroassistent/-in
200.2000.020	Büroassistent/-in
200.2010.080	SB Zahlungsverkehr mit Erläuterung „kw ab 2016“
200.3000.020	SB Allgem. Verwaltung
200.3000.030	SB Grundsatzb. Steuern
330.0010.040	SB Post
330.1020.050	SB mit bes. Verantwortung
330.1050.170	SB Kfz-Zulassung
330.1060.090	SB Führerschein
330.2000.020	Büroassistent/-in
330.3000.070	SB Statistik
330.4010.070	SB Urkundenwesen
330.0011.080	SB Bürgerservice Auskunftsdienst
330.1050.190	SB Bürgerservice Auskunftsdienst

GB II

610.1000.020	Büroassistenz Abtl.
610.1010.060	SB Flächennutzungsplanung
610.1020.060	SB Landschaftsplanung
610.2020.080	SB (Zuarbeiter für Planer)
610.2030.050	SB (Zuarbeiter für Planer)
610.5010.060	SB Vermessungsfacharbeiter ID
610.5020.040	SB Stadt- und Bestandskarten

zu Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für
5.1.3 das Jahr 2014 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2012 – Stellenplan 2014
Vorlage: V/2013/12341

660.0000.011	AL Bauordnung/Denkmalerschutz
660.0000.040	Beauftragte/r für Sonderaufgaben
660.2000.100	Büroassistent/-in Abtl. Denkmalschutz
660.3020.020	SB Wohnungsförderung mit Erläuterung „kw ab 2020“
660.3020.030	SB Wohnungsförderung mit Erläuterung „kw ab 2020“
660.5010.020	SB Dokumentation/Datenbank
660.6010.040	MA Zustimmungswesen
670.0010.070	Zuarbeiter (ggf. Umwandlung in Sozialstelle)
670.3000.010	AL Stadtgrün
670.3000.020	Büroassistent/-in
670.3014.290	Gartenarbeiter/-in
670.3014.300	Gartenarbeiter/-in
670.3014.310	Gartenarbeiter/-in
670.3014.280	Gartenarbeiter/-in
670.3021.140	Hilfsarbeiter/-in

GB III

520.2030.100	Hallenmeister Burgstraße
--------------	--------------------------

GB IV

510.7030.020	Büroassistent/-in Abt.-L.
510.2000.030	Zuarbeiter/-in
510.3000.030	Zuarbeiter/-in
530.1000.020	Büroassistent/-in

GB V

230.2020.080	SB Grundstücksverwaltung
800.0010.030	Büroassistent/-in
240.9035.010	SB Organisation
240.9035.020	SB Datenverarbeitung
240.9035.040	Hausmeister/-in
240.9035.050	Hausmeister/-in
240.9035.060	Hausmeister/-in
240.9035.070	Hausmeister/-in
240.9035.080	Hausmeister/-in
240.9035.090	Hausmeister/-in
240.9035.100	Hausmeister/-in
240.9035.110	Hausmeister/-in
240.9035.120	Hausmeister/-in
240.9035.130	Hausarbeiter/-in

zu 5.1.3 Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Jahr 2014 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2012 – Stellenplan 2014
Vorlage: V/2013/12341

240.9035.140 Hausarbeiter/-in
240.9035.150 Hausarbeiter/-in
240.9035.300 Mitarbeiter/-in

b) zu streichen.

370.1020.030 SB Haushalt
370.4020.090 Zuarbeiter Archivierung
100.7024.080 Pförtner/-in
100.7031.030 Fahrer/-in
100.7031.040 Fahrer/-in
330.1040.030 SB BÜS
330.1040.100 SB BÜS
330.1050.160 SB Kfz-Zulassung
610.5010.080 SB Vermessungsfacharbeiter/-in AD
660.1060.050 SB Baukontrolle
660.2000.090 SB Werbung
660.2000.100 Büroassistent/-in
660.5020.030 SB Sondernutzung
660.7020.060 SB Baucontrolling
670.2030.080 SB Abfallberatung
670.3013.240 Gärtner/-in
670.3013.300 Gärtner/-in
670.3016.150 Gärtner/-in
670.3021.090 Gärtner/-in
510.1041.130 Schulsekretärin
540.0000.080 SB Führungsunterstützung SGB II
230.2020.090 MA Grundstücksverwaltung
240.9035.030 SB Verträge, Mieten, Pachten
240.9035.290 Hallenwart/-in (mit einschl. Ausb.)

2. Alle anderen Vorschläge der Verwaltung zur Ausbringung von kW-Stellen werden nicht in den Stellenplan 2014 aufgenommen.
3. Die Verwaltung wird aufgefordert, den Inhaberinnen und Inhabern dieser Stellen Renten- und Abfindungsmodelle gemäß dem Beschluss zu personalwirtschaftlichen Maßnahmen anzubieten. Diese personalwirtschaftlichen Modelle dürfen auch Inhaberinnen und Inhabern von Stellen ohne kW-Setzungen angeboten werden, wenn die Nachbesetzung ihrer Stelle im Wege der Kettenbildung durch Inhaberinnen und Inhabern von kW-Stellen erfolgen kann.

zu Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für
5.1.3 das Jahr 2014 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2012 – Stellenplan 2014
Vorlage: V/2013/12341

4. Die Verwaltung wird beauftragt, Satz eins und zwei des Beschlusspunktes 3 des Beschlusses zur Realisierung personalwirtschaftlicher Maßnahmen zur Reduzierung der Personalaufwendungen im Zeitraum 2014-2018 (V/2013/11899) – „Bevor die personalwirtschaftlichen Maßnahmen umgesetzt werden, führt die Verwaltung ein Verfahren zur Personalbedarfsplanung durch. Dieses Verfahren schließt eine Betrachtung von möglichem Aufgabenwegfall, Aufgabenkritik und eine Untersuchung der Ablauforganisation in allen Bereichen der Verwaltung ein und geht der Ausweisung von kW-Stellen voraus.“ – bis zum Mai 2014 umzusetzen.
5. Die sich aus diesen Untersuchungen ergebenden weiteren Vorschläge für Stellenstreichungen und die Ausbringung von kw-Vermerken sind in den Entwurf einer Änderung des Stellenplans 2014 im Rahmen eines Nachtragshaushaltplanentwurfs 2014 oder in den Entwurf des Stellenplans 2015 einzuarbeiten und dem Stadtrat zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen. Mit der Vorberatung dieser Vorschläge wird der Ausschuss für Personalbedarfsplanung befasst.
6. Die am 25.09.2013 als personalwirtschaftliche Maßnahmen beschlossenen Abfindungs- und Rentenmodelle sind nur dann zu gewähren, wenn die Einsparung an Personalkosten im Einzelfall die Kosten des Modells übersteigt.

Abstimmungsergebnis:

7 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
2 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

F.d.R.

Martina Beßler
Protokollführerin

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften vom 10.12.2013:

**zu 5.1.4 Änderungsantrag des Stadtrates Tom Wolter (MitBÜRGER für Halle) zur Beschlussvorlage Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2014 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2012 (V/2013/12027) - Erhöhung der Anzahl der Angebote für Arbeitszeitmodell
Vorlage: V/2013/12343**

geänderter Beschlussvorschlag:

Die personalwirtschaftliche Maßnahme/Modell 3 (Arbeitszeitverkürzung) wird von 300 auf **bis zu** 474 Stellen erhöht (Antragstellerinnen und Antragsteller zum Stichtag 4.12.2013).

Abstimmungsergebnis:

6 Ja-Stimmen
4 Nein-Stimmen
1 Enthaltung
mehrheitlich zugestimmt

F.d.R.

Martina Beßler
Protokollführerin

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften vom 10.12.2013:

**zu 5.1.5 Änderungsantrag des Stadtrates Tom Wolter (MitBÜRGER für Halle) zur Beschlussvorlage Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2014 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2012 (V/2013/12027) - Begrenzung Kassenkredit
Vorlage: V/2013/12344**

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt, dass der Höchstbetrag der Kredite zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit auf 320 Mill. € festgesetzt wird.

Abstimmungsergebnis:

zurückgezogen

F.d.R.

Martina Beßler
Protokollführerin

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften vom 10.12.2013:

**zu 5.1.6 Änderungsantrag des Stadtrates Tom Wolter (MitBÜRGER für Halle) zur Beschlussvorlage Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2014 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2012 (V/2013/12027) - Erhöhung Kunst- und Kulturprojektförderung
Vorlage: V/2013/12345**

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt, eine Erhöhung der Kunst- und Kulturprojektförderung um 200.000 € (Produktnummer Kultur 1.28102.01).

Abstimmungsergebnis:

2 Ja-Stimmen
8 Nein-Stimmen
1 Enthaltung
mehrheitlich abgelehnt

F.d.R.

Martina Beßler
Protokollführerin

A u s z u g

**aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen,
städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften vom 10.12.2013:**

**zu 5.2 1. Änderung zur Entgeltordnung der Volkshochschule Adolf
Reichwein der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2013/12128**

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt die in der Anlage 1 der Vorlage aufgeführte 1. Änderung zur Entgeltordnung der Volkshochschule Adolf Reichwein der Stadt Halle (Saale).

Finanzielle Auswirkung:

keine

Abstimmungsergebnis:

11 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

F.d.R.

Martina Beßler
Protokollführerin

A u s z u g

**aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen,
städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften vom 10.12.2013:**

**zu 5.3 1. Änderung der Satzung der Volkshochschule Adolf Reichwein der
Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2013/12129**

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt die in der Anlage 1 der Vorlage aufgeführte 1. Änderung der Satzung der Volkshochschule Adolf Reichwein der Stadt Halle (Saale).

Finanzielle Auswirkung:

keine

Abstimmungsergebnis:

11 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

F.d.R.

Martina Beßler
Protokollführerin

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften vom 10.12.2013:

- zu 5.4 Stellungnahme der Stadtverwaltung Halle (Saale) zur überörtlichen Prüfung der Stadt Halle (Saale) durch den Landesrechnungshof mit dem Schwerpunkt "Ausgewählte Maßnahmen der Jugendhilfe und der sonstigen Jugendarbeit"-Prüfbericht des Landesrechnungshofes vom 11.März 2013
Vorlage: V/2013/11937**
-

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt die Stellungnahme der Stadtverwaltung Halle (Saale) zum Prüfbericht des Landesrechnungshofes.

Abstimmungsergebnis:

11 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

F.d.R.

Martina Beßler
Protokollführerin

A u s z u g

**aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen,
städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften vom 10.12.2013:**

**zu 5.5 Entlastung der Mitglieder des Verwaltungsrates der Saalesparkasse
für das Jahr 2012**

Vorlage: V/2013/11968

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt die Entlastung der Mitglieder des Verwaltungsrates der Saalesparkasse für das Jahr 2012.

Abstimmungsergebnis:

vertagt

F.d.R.

Martina Beßler
Protokollführerin

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften vom 10.12.2013:

**zu 5.6 Jahresabschluss 2012 des EB ZGM
Vorlage: V/2013/11944**

Beschlussvorschlag:

1. Der Jahresabschluss für den EigenBetrieb Zentrales GebäudeManagement Halle (Saale) für das Wirtschaftsjahr 2012 wird wie folgt festgestellt:

Jahresgewinn:	9.349,19 €
Bilanzsumme:	28.995.264,43 €.

2. Dem Betriebsleiter des EigenBetrieb Zentrales GebäudeManagement Halle (Saale) wird für das Wirtschaftsjahr 2012 gemäß § 18 (4) Satz 2 Nr. 3 EigenBG LSA Entlastung erteilt.
3. Der Jahresgewinn in Höhe von 9.349,19 € wird auf neue Rechnungen vorgetragen.

Abstimmungsergebnis:

11 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

F.d.R.

Martina Beßler
Protokollführerin

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften vom 10.12.2013:

zu 5.7 Brandschutzbedarfsplan Vorlage: V/2012/10626

geänderter Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt die unter Kapitel 8.3 des anliegenden Brandschutzbedarfsplans aufgeführten Maßnahmen. Die Umsetzung **der einzelnen Maßnahmen** erfolgt nach Maßgabe des Haushaltsplanes **und Beschlussfassung des Stadtrates.**
2. Zur Gewährleistung des abwehrenden Brandschutzes und der Hilfeleistung ist die Errichtung einer weiteren Außenwache der Berufsfeuerwehr notwendig. Ziel ist die Umsetzung des zu realisierenden Schutzziels im nördlichen und nordöstlichen Stadtgebiet sowie im Industriegebiet Star Park Halle A 14.
3. Der Stadtrat beschließt folgendes Schutzziel:
 - **9 Einsatzkräfte** treffen in der Regel und unter gewöhnlichen Bedingungen innerhalb von **12 Minuten** nach der Alarmierung an jeder Einsatzstelle ein, die über öffentliche Verkehrsflächen zu erreichen ist.
 - **Nach weiteren 5 Minuten** sollen **6 weitere Einsatzkräfte** an der Einsatzstelle eintreffen.
 - Bei **mindestens 80 % der hilfsfristpflichtigen Einsätze** sollen in jedem Stadtteil/Stadtviertel die Zielgröße Hilfsfrist und **die Zielgröße** Funktionsstärke eingehalten werden.

Abstimmungsergebnis:

10 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
1 Enthaltung
einstimmig zugestimmt

F.d.R.

Martina Beßler
Protokollführerin

A u s z u g**aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften vom 10.12.2013:****zu 5.8 Erste Änderung des Zweiten Grundsatz- und Baubeschlusses zur Brandschutzgrundsicherung an Schulen (Vorlage: V/2012/10587)
Vorlage: V/2013/11649****geänderter Beschlussvorschlag:**

1. Der Stadtrat beschließt für das Johann-Gottfried-Herder-Gymnasium zusätzlich zur Brandschutzgrundsicherung und Kellertrockenlegung die IT-Vernetzung des gesamten Schulhauses.
2. ~~Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung, die Einstellung der Mittel bei der nächsten Nachtragshaushalt- und Investitionsplanung vorzunehmen.~~

Finanzielle Auswirkung: 7.400060 gerundet: 1.699.970 €

Johann-Gottfried-Herder-Gymnasium

PSP-Element	Bezeichnung	Gesamt- ausgabe 2012 – 2015 neu	Ausgabe bis 2012	2013 neu	2014 neu	2015 neu
700.100	Invest mit AiB Planungsleistungen	95.0000		75.000	0	20.000
700.200	Invest mit AiB Hochbauleistungen	1.604.970	165.670	0	250.000	1.189.300

Abstimmungsergebnis:

10 Ja-Stimmen
 0 Nein-Stimmen
 1 Enthaltung
 einstimmig zugestimmt

F.d.R.

 Martina Beßler
 Protokollführerin

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften vom 10.12.2013:

zu 5.9 Feststellung des Schulentwicklungsplanes der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2014/15 bis 2018/19 Vorlage: V/2013/11910

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat stellt mit Beschluss den Schulentwicklungsplan (SEPI) der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2014//15 bis 2018/19 (Anlage 1 der Vorlage) fest.
2. Der Stadtrat beschließt auf der Grundlage des festgestellten Schulentwicklungsplanes und des darin ausgewiesenen Bedarfes an Beschulungskapazitäten in den einzelnen Schulformen für den Planungszeitraum folgende Maßnahmen:
 - 2.1 Für Gymnasien ohne inhaltlichen Schwerpunkt, Gesamtschulen und Gemeinschaftsschulen der Stadt Halle (Saale) wird das Gebiet der Stadt Halle (Saale) als Schuleinzugsbereich für die Bildungsgänge Gymnasium, Gesamtschule, Gemeinschaftsschule und Förderschule festgelegt.
 - 2.2 Die Aufnahmekapazität in die Klassenstufe 5 der Gemeinschaftsschule „Kastanienallee“ wird ab Schuljahr 2014/15 auf 2 Klassen festgelegt.
 - 2.3 Die Gemeinschaftsschule „Kastanienallee“ ist weiterführende Schule für Schülerinnen und Schüler, die in den Schulbezirken der Grundschule Kastanienallee, der Grundschule „Rosa Luxemburg“ und der Grundschule am Kirchteich wohnen und ermöglicht Hauptschul- bzw. Realschulabschlüsse vergleichbar zu denen einer Sekundarschule.
 - 2.4 Im Gebiet der genannten Schulbezirke (ehemaliger Schulbezirk der Sekundarschule Kastanienallee) wird aufwachsend ab Klassenstufe 5 keine weitere Sekundarschule vorgehalten.

Schülerinnen und Schüler die in diesem Gebiet wohnen, können, beim Wechsel an die weiterführenden Schulen der Gemeinschaftsschule „Kastanienallee“ zugeordnet werden. Andernfalls erfolgt die Aufnahme in die nahegelegene Sekundarschule „Heinrich Heine“.

zu 5.9 Feststellung des Schulentwicklungsplanes der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2014/15 bis 2018/19
Vorlage: V/2013/11910

2.5 Erhöhung der Aufnahmekapazität der Klassenstufe 5 des Sekundarschulanteiles der Kooperativen Gesamtschule „Wilhelm von Humboldt“ auf 5 Klassen im Schuljahr 2014/15.

2.6 Prüfung der Bedingungen für die Eröffnung einer Außenstelle einer Gesamtschule in der Stadt Halle (Saale) ab Schuljahr 2015/16 sowie des mittel- und langfristigen Bedarfes einer weiteren Gesamtschule.

2.7 Festlegung der Aufnahmekapazität der Klassenstufe 5 für das Schuljahr 2014/15 auf eine Fünfüzigkeit für das Gymnasium Südstadt und das Christian-Wolff-Gymnasium.

2.8 Schaffung der Bedingungen zur Eröffnung einer befristeten Außenstelle des Gymnasiums Südstadt am Standort Rigaer Str. 1b zum Schuljahr 2015/16.

2.9 Schaffung der Bedingungen zur Eröffnung eines neuen 4-zügigen Gymnasiums am Standort des Schulkomplexes Dreyhauptstraße/Gutjahrstraße/Oleariusstraße, die die Eröffnung eines kommunal geführten Gymnasiums zum Schuljahr 2018/19 ermöglichen.

Im Zusammenhang damit sind die Bedingungen zu schaffen, dass der BbS III „J. C. v. Dreyhaupt“, als einer der derzeitigen Nutzer in diesem Schulkomplex, bis zum Schuljahr 2016/17 der Standort Carl-Schorlemmer-Ring zur zweckentsprechenden Nutzung zur Verfügung gestellt wird.

Für den Schulteil der BbS „Gutjahr“, als weiterer Nutzer in diesem Schulkomplex, sind die Bedingungen zu schaffen, dass zum Schuljahr 2016/17 die Einbindung dieses Schulteiles am Standort An der Schwimmhalle 3 erfolgen kann.

2.10 Schaffung der Bedingungen zur gemeinsamen Nutzung des Standortes Theodor-Neubauer-Str. 14 durch die Grundschule Auenschule und die Förderschule für Geistigbehinderte „Astrid Lindgren“

2.11 Vorbehaltlich der Umsetzung des Beschlusspunktes 2.10 (Schaffung von Bedingungen durch Sanierung/Neubau des Standortes Theodor-Neubauer-Str. 14) erfolgt nach Abschluss der Baumaßnahmen mit Beginn des Folgeschuljahres eine Schulbezirksveränderung der Grundschule Auenschule und der Grundschule Südstadt und die Standortverlagerung der Förderschule an diesen Standort.

2.12 Schulbezirksveränderung der Grundschule LILIEN-Schule und der Grundschule „Rosa Luxemburg“ ab Schuljahr 2014/15

2.13 Schaffung der Bedingungen für die Fusion der Grundschule Frieden und der Grundschule Radewell am Standort der Grundschule Radewell zum Schuljahr 2017/18

zu 5.9 Feststellung des Schulentwicklungsplanes der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2014/15 bis 2018/19

Vorlage: V/2013/11910

2.14 Schaffung von Bedingungen zur Eröffnung eines Förderschulzentrums am Standort Wolfgang-Borchert-Straße 40/42 bis zum Schuljahr 2017/18 an dem die bisherige Beschulung der Förderschulen für Lernbehinderte Fröbel und Makarenko sowie der Förderschule für Sprachentwicklung „Albert Liebmann konzentriert werden.

In Verbindung damit sind bis zum Schuljahr 2016/17 die Bedingungen zur Fusion der Grundschule „Wolfgang Borchert“ mit der Grundschule am Zollrain am Standort Harzgeroder Straße 63 zu schaffen.

2.15 Schaffung der Bedingungen zur Umsetzung der Grundschule Nietleben an den Standort Hemingwaystraße 1 unter der Maßgabe der gemeinsamen Nutzung des Standortes mit der Sekundarschule „Heinrich Heine“ zum Schuljahr 2017/18.

Mit der Umsetzung erfolgt eine Schulbezirksveränderung zur Stabilisierung der Bestandsfähigkeit der Grundschule Nietleben.

Die Schulbezirksveränderung wird mit der Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes für das Schuljahr 2017/18 dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorgelegt.

2.16 Schaffung von Voraussetzungen zur Sicherung des Unterrichtsbedarfes der Grundschule „Gotthold Ephraim Lessing“ durch Auslagerung des Hortes aus dem Schulgebäude (Ersatzneubau auf dem Schulgelände) bis zum Schuljahr 2015/16

2.17 Prüfung von Möglichkeiten der Auslagerung des Hortes der Grundschule „Karl Friedrich Friesen“ aus dem Schulgebäude zur Sicherung des Unterrichtsbedarfes der Grundschule bzw. eines gemeinsamen neuen Standortes für Grundschule und Hort im Schulbezirk.

2.18 Schaffung der Bedingungen zur Eröffnung der Grundschule Glaucha am Standort Heinrich-Pera-Str. 13 zum Schuljahr 2015/16 und der damit verbundenen Schulbezirksveränderungen der Grundschulen „August Hermann Francke“, „Am Ludwigsfeld“ und Johannesschule zur Umsetzung des Stadtratsbeschlusses Vorlage-Nr. V/2011/09930 vom 14.12.2011

2.19 Umsetzung der Sprachheilschule Halle vom Standort Ingolstädter Str. 33 an den Standort Freimfelder Str.88 und gemeinsame Nutzung des Schulobjektes mit der Förderschule für Lernbehinderte Comenius und Prüfung einer Zusammenlegung der beiden Förderschulen zu einer Förderschule mit den Förderschwerpunkten Lernen und Sprachentwicklung in Abhängigkeit von der Schülerzahlentwicklung.

zu 5.9 Feststellung des Schulentwicklungsplanes der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2014/15 bis 2018/19
Vorlage: V/2013/11910

2.20 Prüfung einer Zusammenlegung der beiden Förderschulen mit Ausgleichsklassen „Janusz Korczak“ und „Christian Gotthilf Salzmann“ am Standort Ernst-Hermann-Meyer-Str.60 in Abhängigkeit von der Schülerzahlentwicklung in diesem Förderschwerpunkt.

3. Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung auf der Grundlage des im Schulentwicklungsplan festgestellten Bedarfes an Schulanlagen und-gebäuden im Rahmen der pflichtigen Schulträgeraufgaben entsprechende zeitlich und finanziell untersetzte Beschlussvorlagen zur Sicherung des erforderlichen Umfangs an ordnungsgemäßen Schulanlagen und-gebäuden vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

zurückgestellt

F.d.R.

Martina Beßler
Protokollführerin

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften vom 10.12.2013:

**zu 5.10 Baubeschluss zur Teilsanierung der Grundschule Frohe Zukunft
Standort Dessauer Str. 152
Vorlage: V/2013/11962**

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt die Ausführung von Teilsanierungsmaßnahmen der Grundschule Frohe Zukunft am Standort Dessauer Str. 152.

~~Die Verwaltung wird beauftragt, die Einstellung der Mittel bei der Nachtragshaushaltsplanung 2013 vorzunehmen.~~

Abstimmungsergebnis:

zurückgestellt

F.d.R.

Martina Beßler
Protokollführerin

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften vom 10.12.2013:

**zu 5.11 Prioritätenliste Investitionen in Kindereinrichtungen (Kitas und Horten), Teil 2
Vorlage: V/2013/11918**

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat nimmt die Aktualisierung und Fortschreibung der Prioritätenliste Investitionen in Kindereinrichtungen (Kitas und Horte), Teil 2 zur Kenntnis. (Teil 1 = Prioritätenliste Investitionen an Schulen und Horten).
2. Der Stadtrat beschließt die als Anlage 1 beigefügte Prioritätenliste Investitionsbedarf an Kindereinrichtungen als Arbeitsgrundlage für die Planung von Kita- und Hortbaumaßnahmen und die Beantragung von Baufördermitteln.
3. Der Stadtrat beauftragt den Oberbürgermeister, die Prioritätenliste in zweijährigem Abstand fortzuschreiben und dem Stadtrat die entsprechenden Aktualisierungen vorzulegen.
4. Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung, für alle kommunalen Bauvorhaben an Kindereinrichtungen (Kitas und Horte) jeweils einen Grundsatz- und Baubeschluss auf der Grundlage der Prioritätenliste als Stadtratsbeschluss herbeizuführen.

Abstimmungsergebnis:

zurückgestellt

F.d.R.

Martina Beßler
Protokollführerin

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften vom 10.12.2013:

**zu 5.12 Zweite Änderung des Zweiten Grundsatz- und Baubeschluss zur Brandschutzgrundsicherung an Schulen (Vorlage: V/2012/10587)
Vorlage: V/2013/11827**

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften beschließt für die Grundschule „Am Ludwigsfeld“ die Brandschutzgrundsicherung des gesamten Schulhauses.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Einstellung der Mittel bei der nächsten Nachtrags- und Investitionsplanung vorzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

zurückgestellt

F.d.R.

Martina Beßler
Protokollführerin

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften vom 10.12.2013:

**zu 5.13 Genehmigung einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung (VE) im Haushaltsjahr 2013 für die Baumaßnahme Stadtpark Magdeburger Straße im investiven Finanzhaushalt
Vorlage: V/2013/12241**

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften beschließt die außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung (VE) im Haushaltsjahr 2013 für die Baumaßnahme Stadtpark Magdeburger Straße im investiven Finanzhaushalt, PSP-Element 7.670066.700.200 sonstige Bauleistungen in Höhe von 240.000 €.

Die Deckung erfolgt aus der Verpflichtungsermächtigung 2013 aus dem PSP-Element 7.660057.700.200 Thomasiusstraße, Tiefbauleistungen in Höhe von 240.000 €

<u>Finanzielle Auswirkung:</u>	PSP-Element	Finanzhaushalt investiv
	7.670066.700.200	240.000 € (VE)
	<i>Deckung:</i>	
	7.660057.700.200	240.000 € (VE)

Abstimmungsergebnis:

9 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
2 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

F.d.R.

Martina Beßler
Protokollführerin

A u s z u g**aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften vom 10.12.2013:**

**zu 5.14 Verteilung der Regionalisierungsmittel des Landes Sachsen-Anhalt gemäß § 8 ÖPNV – Gesetz des Landes Sachsen-Anhalt für die HAVAG für das Jahr 2014, die Mittel für den Ausgleich verbundbedingter Belastungen und die Verteilung der Mittel nach § 9 ÖPNV-
Vorlage: V/2013/11879**

Beschlussvorschlag:

Die Verwendung der Mittel des Landes Sachsen-Anhalt gemäß §8 und § 9 des ÖPNV-Gesetzes des Landes und die Höhe des Ausgleiches verbundbedingter Belastungen an den Mitteldeutschen Verkehrsverbund werden beschlossen.

Finanzielle Auswirkungen:

Einnahmen:	Gesamt:	<u>11.429.200 €</u>
Davon :		
Landesüberweisung zur Ausbildungsförderung	1.54702/ SK 41410102	3.515.400 €
Landesüberweisung zur ÖPNV-Finanzierung	1.54702/ SK 41419000	6.523.500 €
Landesüberweisung für ÖPNV-Investitionen	7.610072	302.900 €
Zuweisung NASA Schnittstelle Nietleben	7.660083	161.700 €
Eigenmittelanteil		925.700 €
Ausgaben:	Insgesamt:	<u>11.429.200 €</u>

zu 5.14 Verteilung der Regionalisierungsmittel des Landes Sachsen-Anhalt gemäß § 8 ÖPNV – Gesetz des Landes Sachsen-Anhalt für die HAVAG für das Jahr 2014, die Mittel für den Ausgleich verbundbedingter Belastungen und die Verteilung der Mittel nach § 9 ÖPNV-Vorlage: V/2013/11879

Davon:

Bau von Bushaltestellen	7.660067	200.000 €
Schnittstelle Nietleben	7.660083	214.600 €
Bauliche Veränderungen an Haltestellen	7.660102	50.000 €
Zuwendungen zum Ausgleich von Ausbildungsverkehren	1.54702/ SK 53154000	3.515.400 €
Zuwendungen zum Stadtbahnprogramm	1.54702/ SK 53153003	2.181.100 €
Zuwendungen zum Straßenbahnneukauf	1.54702/ SK 53153002	839.400 €
Zuwendungen für Betriebshof Rosengarten	1.54702/ SK 53153001	3.096.700 €
Zuschuss MDV Planungsmittel	1.54702/ SK 54153000	274.000 €
Verkehrsplanung	1.54702/ SK 54310700	100.000 €
Ausgleich verbund- bedingter Belastungen	1.54702/ SK 53152000	958.000 €

Abstimmungsergebnis:

11 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

F.d.R.

Martina Beßler
Protokollführerin

A u s z u g

**aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen,
städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften vom 10.12.2013:**

**zu 5.15 Mitgliedschaft der Stadt Halle (Saale) im Klima-Bündnis Alianza del
Clima / Climate Alliance e. V.**

Vorlage: V/2013/12229

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt die Aussetzung des Stadtratsbeschlusses vom 10.07.2013, für die Kündigung der Mitgliedschaft im Klima-Bündnis Alianza del Clima/Climate Alliance e. V. bis 2015.

Finanzielle Auswirkung:

Zu entrichtender Mitgliedsbeitrag in Höhe von 1300,- € pro Jahr. Der Betrag kann über die Sachkonten des Fachbereichs Umwelt (Umweltvorsorge) bereitgestellt werden.

Abstimmungsergebnis:

9 Ja-Stimmen
1 Nein-Stimme
1 Enthaltung
mehrheitlich zugestimmt

F.d.R.

Martina Beßler
Protokollführerin

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften vom 10.12.2013:

**zu 5.16 Erste Änderungssatzung zur Satzung über die Erhebung von Kostenbeiträgen für die Benutzung der Kindertageseinrichtungen in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2013/12328**

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt die Erste Änderungssatzung zur Satzung über die Erhebung von Kostenbeiträgen für die Benutzung der Kindertageseinrichtungen in der Stadt Halle (Saale).

Finanzielle Auswirkung:

Produkt:	1.36101 Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen
Erhöhter Ertrag	0 €

Abstimmungsergebnis:

11 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

F.d.R.

Martina Beßler
Protokollführerin

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften vom 10.12.2013:

**zu 6.2 Information zur Brandschutzsituation an Schulen, Horten & Kindertagesstätten in Halle (Saale)
Vorlage: V/2013/11917**

Ergebnis:

Der Stadtrat nimmt die vorliegende Information zur Brandschutzsituation an Schulen, Horten und Kindertagesstätten zur Kenntnis.

Finanzielle Auswirkung:

Im Zusammenhang mit dem bestehenden Rechtsanspruch auf Kita-Betreuung und den pflichtigen Schulträgeraufgaben ist die Stadt verpflichtet, die Angebote und Anlagen im erforderlichen Umfang vorzuhalten, entsprechend auszustatten und ordnungsgemäß zu unterhalten. Die dazu erforderlichen Investitionen sind im Haushalt und der mittelfristigen Finanzplanung verpflichtend aufzunehmen und in den zu erstellenden Grundsatz- und Baubeschlüssen darzustellen. Die Einordnung der Investitionen in den künftigen Jahren kann nur im Rahmen der Prioritätensetzung und der verfügbaren Finanzmasse erfolgen.

Abstimmungsergebnis:

zurückgestellt

F.d.R.

Martina Beßler
Protokollführerin

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften vom 10.12.2013:

**zu 7.1 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur
Einführung eines Kulturtickets für Studierende
Vorlage: V/2013/11839**

geänderter Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beauftragt die Stadtverwaltung, einen Vorschlag zur Einführung eines Kulturtickets für Studierende schnellstmöglich vorzulegen. Dazu sollen Verhandlungen mit dem **Studierendenrat der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg** aufgenommen werden. Über einen Zwischenstand zu den Verhandlungen wird der Stadtrat im **Dezember 2013** informiert.

Abstimmungsergebnis:

8 Ja-Stimmen
1 Nein-Stimme
1 Enthaltung
mehrheitlich zugestimmt

F.d.R.

Martina Beßler
Protokollführerin

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften vom 10.12.2013:

**zu 7.2 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Einführung von Bildschirmen mit Kulturwerbung der Stadt
Vorlage: V/2013/12102**

geänderter Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt, in Wartebereichen der Verwaltung (z.B. Einwohnermeldeamt, Bürgerbüro, Stadtbibliothek) Monitore aufzustellen, auf denen Kulturwerbung für Veranstaltungen öffentlicher Einrichtungen der Stadt präsentiert wird.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Modalitäten der Einführung zu prüfen.

Abstimmungsergebnis:

7 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
3 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

F.d.R.

Martina Beßler
Protokollführerin

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften vom 10.12.2013:

zu 7.3 Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) - Einführung einer turnusmäßigen, projektorientierten Berichterstattung bei Bauprojekten
Vorlage: V/2013/11766

geänderter Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, über Fortgang und Abschluss aller durch den Stadtrat beschlossenen Bauprojekte sowie ausgewählter weiterer, vom Vergabe-/ Bauausschuss im Zuge der Vergabe Beschlussfassung festzulegender Bauprojekte ab der ersten Gremienbefassung vierteljährlich in einer Informationsvorlage zu berichten.

~~Die Informationsvorlage soll zu jedem der festgelegten Einzelprojekte ein fortlaufend zu aktualisierendes Projektblatt mit folgenden Angaben in kurzer Darstellung, so weit wie möglich tabellarisch enthalten:~~

- ~~• Kurzbeschreibung des Projektes/Vorgangs~~
- ~~• Hinweis auf zu Grunde liegende Stadtratsbeschlüsse (u.a. zu Gestaltung, Bau und Finanzierung sowie Änderungsbeschlüsse)~~
- ~~• geplante Kosten und vorgesehener zeitlicher Ablauf~~
- ~~• Kostenstruktur: Eigenmittel, Fördermittel, Straßenausbaubeiträge~~
- ~~• Hinweise zur Planung und Vergabe (aktuelle Leistungsphase, ausführende Zuständigkeiten und Haftungsregelungen)~~
- ~~• Darstellung des Projektfortschrittes (Kosten und Umsetzungsstand)~~
- ~~• Anzeige von Schwierigkeiten und Kostenaufwüchsen (Ampelfunktion ähnlich Beteiligungsbericht)~~
- ~~• Anzeigen von Änderungen bei Fördermitteln (Höhe, Änderungen bei Förderquellen und Förderquote)~~
- ~~• Übersicht sämtlicher Nachträge (beantragt, bewilligt, voraussichtliche weitere)~~
- ~~• Hinweis auf Darstellung in der Haushaltssatzung / Investitionsplanung (Haushaltsstellen usw.)~~

zu 7.3 Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) - Einführung einer
turnusmäßigen, projektorientierten Berichterstattung bei Bauprojekten
Vorlage: V/2013/11766

Nach Projektabschluss (Bauabnahme bzw. Inbetriebnahme) erfolgt eine abschließende
kurze Stellungnahme zu folgender Fragen:

- Gegenüberstellung geplanter und realisierter Kosten und Zeiten
- Differenzen zwischen Planung und Projektumsetzung
- positive und negative Hinweise, Schlussfolgerungen, Erfahrungen aus der
Projektumsetzung

Abstimmungsergebnis:

nicht zuständig

F.d.R.

Martina Beßler
Protokollführerin

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften vom 10.12.2013:

**zu 7.4 Förderung der Angebote der Träger der freien Jugendhilfe gemäß der Jugendhilfeplanung § 11-13, 14, 16 SGB VIII der Stadt Halle (Saale) - Prioritätensetzung 2013
Vorlage: V/2013/12335**

Beschlussvorschlag:

Der Finanzausschuss beschließt, die im Jahr 2013 gemäß Beschluss des Jugendhilfeausschusses V/2012/11217 vom 6.12.2013 und 04.07.2013 geförderten Projekte der Träger der freien Jugendhilfe bis 28.2.2014 weiter zu fördern. Der Jugendhilfeausschuss legt im Februar 2014 den Beschluss für die weitere Förderung der Träger der freien Jugendhilfe vor.

Abstimmungsergebnis:

8 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
3 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

F.d.R.

Martina Beßler
Protokollführerin